

Altersarmut ist auf Dauer nur ein Randproblem

Längere Lebensarbeit gleicht sinkendes Rentenniveau aus. Das zeigt ein Gutachten des Beirats von Wirtschaftsminister Rösler

Von Dorothea Siems

Von der Leyen wirft den Ökonomen vor, das Problem kleinzureden, und verteidigt die „Lebensleistungsrente“ (...), die langjährig versicherte Geringverdiener erhalten sollen. (...) In einem Gutachten legen die Regierungsberater eines wissenschaftlichen Beirats dar, dass die Warnungen von der Leyens vor einer stark steigenden Altersarmut heillos übertrieben sind. Selbst bei einer ungünstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt soll der Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter bis 2030 höchstens von jetzt 2,6 auf fünf Prozent steigen, so Studienleiter Axel Börsch-Supan. Damit bliebe das Armutsrisiko der Senioren auch in Zukunft unter dem Niveau der Gesamtbevölkerung. Der Ökonom kritisierte, dass die seit Monaten geführte Debatte über Altersarmut "extremen Pessimismus ausgelöst habe, der im krassen Gegensatz zur Wirklichkeit" stehe. Einer Umfrage zufolge fürchten 38 Prozent der Haushalte in Altersarmut abzurutschen. (...)

Der Vorsitzende des Beirats, Achim Wambach, sieht als Ursache geringer Rentenansprüche „unzureichende Erwerbsbiografien“. (...) Auch viele kleine Selbstständige sowie geringfügig Beschäftigte erwerben keine Alterssicherung. "Solche Probleme müssen jedoch am Arbeitsmarkt angegangen werden. Es wäre falsch, an den Symptomen herumzudoktern", unterstrich Wambach. (...)

Börsch-Supan warnte, dass eine Aufstockung von Minirenten extrem negative Arbeitsanreize zur Folge hätte. Viele Geringverdiener würden dann keiner Beschäftigung mehr nachgehen, wenn sie die erforderlichen 40 Jahre beisammenhätten. Dabei sei die Verlängerung der Lebensarbeitszeit nötig, um ordentliche Rentenansprüche zu erwerben. (...) Die Entwicklung am Arbeitsmarkt sei für die Ansprüche der künftigen Renten entscheidend. Sollte es gelingen, die Erwerbsquoten von Migrantinnen, Frauen und Älteren deutlich zu steigern, dann würden 2030 sogar weniger Ruheständler als heute in die Grundsicherung fallen. Die Ökonomen plädieren deshalb für gezielte Maßnahmen am Arbeitsmarkt. (...)

Der vollständige Artikel erschien in Die Welt am 19.12.2012.